

Breistreiber und ihre Ziele.

(Fortsetzung aus der gestrigen Nummer.)

Es ist bekannt, daß die Bodencreditanstalt einen Zeitungstrust plant. Offenbar genügt es dem Ehrgeiz des Herrn Sieghart nicht, Eisen, Zucker und andere unentbehrliche Bedürfnisartikel als Diktator zu beherrschen.

Er beabsichtigt, Österreich auch vorzuschreiben, was es täglich lesen soll. Wir haben nicht zu untersuchen, ob es den wahren Interessen der Staatsverwaltung entspricht, einen Mann die Beherrschung der öffentlichen Meinung an sich reißen zu lassen. Wir beschränken uns auf die wirtschaftliche und kulturelle Seite der Frage. Von beiden Standpunkten betrachtet, wird man keinen Augenblick zögern können, diese Absichten als höchst besorgniserregend zu bezeichnen. Bisher war Herr Sieghart geneigt, seinen Plan mit dem Gelde der Aktionäre der Bodencreditanstalt durchzuführen. Wenn die beabsichtigte neue Breistreibererei gelingt, so wird er durch die geniale Kombination von Papierfabrik und Zeitung in der Lage sein, das Geld der Aktionäre zu schonen. Dabei hat das ganze Verfahren nicht einmal den Vorzug der Neuheit. Es erinnert nur zu sehr an das bei mächtigen Kartellen so beliebte „Stillegen“ von Konkurrenten, die sich nicht unter das Joeh der Kartellbedingungen beugen wollen. Ist es schon bei jeder kleinen Eisen- oder Zuckerrfabrik in jedem Sinne verwerflich, so wird es dies hier um so mehr, wo es sich schließlich doch um eine Ware handelt, die nicht wie Eisenbahnschienen oder Rohzucker „vertretbar“ ist. Es mag bei diesen Gebrauchsgegenständen gleichgültig sein, wo sie erzeugt wurden, denn schließlich ist Schiene Schiene und Rohzucker Rohzucker, aber es kommt doch nicht ganz auf dasselbe heraus, ob eine Zeitung aus der Fabrik des Herrn Dr. Sieghart oder aus einer kleinen, selbstständigen Werkstatt mit eigenen Gedanken und eigenen Überzeugungen kommt. Die Vorstellung, daß es gelingen könnte, auf dem Wege einer Breistreibererei von unerlaubtem Umfange den größeren Teil der öffentlichen Meinung botsmäßig zu machen und den anderen zu unterdrücken, ist so unerträglich, daß man hoffentlich doch erwarten darf, der Plan werde daran scheitern.

Dies ist um so wahrscheinlicher als nicht anzunehmen ist, daß die Regierung die bekannte Papierverordnung klos zu dem Zweck erlassen habe, um bei so großem Mangel an Papier ein Blatt mehr zu verbrauchen. Die Verordnung, der man nachrühmen muß, daß sie mit kluger Erwägung der Umstände abgefaßt wurde, und die insbesondere den Vorzug besitzt, zum ersten Male den Grundsatz des Erzeugungszwanges und der Entzweigung aufgestellt zu haben, bietet der Regierung nun Mittel, dafür zu sorgen, daß die Bäume der Papierfabrikanten nicht in den Himmel wachsen. Auch wird es den so klar und ohne jede Zurückhaltung zutage tretenden Übermut heilam dämpfen, wenn man die Papierfabrikanten daran erinnert, daß sie im ersten Vierteljahre 1917 die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1916 aufzustellen haben. Das Gedächtnis der überwachenden Behörden ist nicht so kurz, als daß sie sich nicht bis zu diesem Tage erinnern würden, was man ihnen jetzt über unerschwingliche Herstellungskosten und nicht entsprechenden Gewinn erzählt. Eines aber wird notwendig sein. Es muß daran gedacht werden, daß man auch den bescheidensten Zeitungsbetrieb nicht einfach am ersten Jänner zusperrten kann, wenn man am 31. Dezember durch die Forderungen des Papierfabrikanten dazu gezwungen wird. Der einzelne Zeitungsbetrieb mag in der großen Wirtschaft nicht viel bedeuten, alle zusammen stellen sie immerhin einen ansehnlichen wirtschaftlichen Faktor dar, und es kann unmöglich gleichgültig sein, ob alles das, was an geistigen und geistlichen Mitarbeitern, an Dienern, Zeitungsaus-

trägerinnen und Arbeiterinnen jetzt sein Brot findet, deshalb erwerbslos werden soll, weil die Papierfabrikanten meinen, in dieser großen Zeit noch größere Profite machen zu müssen. Von welchem Standpunkte man die Sache auch betrachten möge, verlangt sie entschieden, zielbewusstes Handeln, wobei nicht unerwähnt bleiben soll, daß auch die Zeitungen selbst viel zur Abwehr beitragen können und dazu gezwungen werden sollten. Auch hier sind es wieder die wirtschaftlich Stärkeren, die sich aus leicht einzusehenden Gründen widersetzen. Hand in Hand mit den Maßregeln gegen die Preissteigerung werden Maßregeln gegen die Papierbergendung gehen müssen. Auch hier liegen bewährte Beispiele vor. Ein solches wurde erst in der jüngeren Zeit in Ungarn gegeben, wo man den gesetzlich zulässigen Umfang der Zeitungen neuerdings herabgesetzt hat, ohne sich darum zu kümmern, daß dadurch auch der Umfang der Inserate herabgesetzt werde. Die ungarische Regierung stand offenbar auf dem Standpunkte, daß in einer Zeit, wo fast jeder schwere Opfer bringen muß, die Erhaltung der wirtschaftlichen Existenz wichtiger als die Erhaltung großer Erträge ist. Auch dort waren starke Widerstände zu besiegen. Sie sind besiegt worden und heute erkennen gerade die früher Widerstrebenden, daß der Zwang notwendig und vorteilhaft war. Auch unsere großen Blätter werden erkennen, daß es besser sei, eine Zeit lang in beschränkterem Umfange und unter teilweisem Verzicht auf Anzeigeneinnahmen zu erscheinen, als eines schönen Tages gar nicht. Die Regierung aber möge sich doch endlich der Furcht entschlagen, daß die „Neue Freie Presse“, um das Kind bei seinem wahren Namen zu nennen, dann die Förderung der Kriegsförderung einstellen werde. Wir wissen, daß sie mit dieser Drohung arbeitet, aber wir wissen auch, daß es eine leere Drohung ist. Die „Neue Freie Presse“ zieht aus dieser Förderung so große Vorteile, und sie dient namentlich so sehr der Befriedigung ihrer Selbstgefälligkeit, daß sie sich viel leichter entschließen wird, das Gestrüpp ihres redaktionellen Teiles von überflüssigem Unkraut zu säubern. Die Erfahrung jedes Lesers zeigt gleich, wie leicht dies geschehen könnte und wie gering der Schaden wäre, den die Belehrung der Leser dadurch erlitt. Wir wagen zu behaupten, daß die Öffentlichkeit gerade diesen Teil der vorbeugenden Maßregeln mit einem Gefühl besonderer Erleichterung begrüßen würde. Und auch wenn der „Kleine Anzeiger“ des Neuen Wiener Tagblattes“ von gewissen Auswüchsen gereinigt würde, könnte dies gewiß nicht als Verlust für das öffentliche Wohl erklärt werden. Schließlich sei noch berücksichtigt, daß die geplante Preissteigerung nicht nur das Zeitungswesen in seinem Bestande berührt, sondern das gesamte Druckereigewerbe. Schon jetzt herrschen dort fast unerträgliche Zustände, da sich hier die Profitmacherei noch schrankenloser, ohne jede Möglichkeit einer Abwehr in der Öffentlichkeit ausbreitet. Das Druckereigewerbe verdient aber ohne Zweifel nachdrücklichen Schutz. Es ist in den letzten Jahren vor dem Kriege unter schweren Opfern zu einer leistungsfähigkeit entwickelt worden, die zu den besten Erwartungen berechtigte, und es wäre ein nie wieder gut zu machender Schaden. Wenn es nun gleich lahmgelegt werden sollte, nur weil es hier noch leichter als ein Zeitungsdruckpapier ist, die Kriegsgelegenheit honungslos auszunützen.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die Regierung an hier geschilderten Sachverhalt genau kennt. Was ihr etwa an technischen Einzelheiten gemangelt haben sollte, ist ihr durch die Verhandlungen mit dem so dankenswert bemühten Zentralverband der Zeitungsherausgeber mitgeteilt worden. In diesen Verhandlungen hat sie der beste Willen entgegenzukommen gezeigt. Man darf deshalb wohl erwarten, daß sie dem zum vernichtenden Streich erhobenen Arme Halt gebieten werde. Dazu ist aber notwendig, daß sie sich bald entschließt und daß sie ihre Informationen nicht nur bei den Papierfabrikanten und ihren Fachmännern einholt.